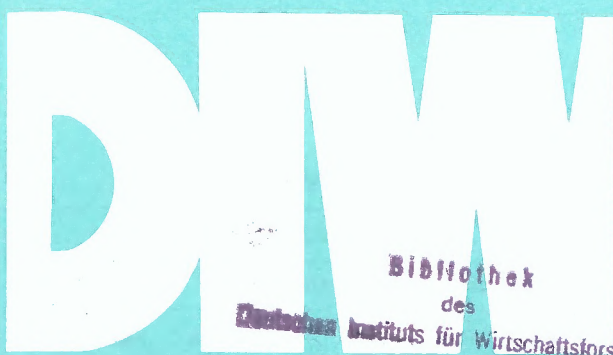




Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Anhaltend kräftiger Konjunkturaufschwung	455
Bundesrepublik Deutschland: Boom ohne Inflation	461

Zahlenbeilage (korrigiert)

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 38/89

Berlin

21. September 1989

2. Ex.

56. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Anhaltend kräftiger Konjunkturaufschwung

Der zügige Anstieg von Produktion und Beschäftigung in fast allen Industrieländern dauert an. Eine ähnlich gute Wirtschaftsentwicklung bei nur mäßigem Preisauftrieb hat es seit Beginn der siebziger Jahre nicht mehr gegeben. Dem konjunkturellen Aufschwung in den USA, der bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre einsetzte, folgte mit einiger Verzögerung auch Westeuropa. Hier kam es dann 1988/89 zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum; ein zyklischer Abschwung ist bisher nicht in Sicht. Von einiger Unsicherheit geprägt ist aber die Entwicklung in Nordamerika. Sich verschlechternde Indikatoren für die Wirtschaftsentwicklung, eine nur sehr allmähliche Verbesserung der Leistungsbilanz und eine restriktive Geldpolitik ließen in der ersten Jahreshälfte sogar Befürchtungen aufkommen, daß ein „soft landing“ nicht mehr zu erreichen wäre und daß die Weltwirtschaft bereits 1990 im Schatten einer Rezession in den USA leben müsse. Die jüngsten Zahlen aus den USA weisen auch für die Jahresmitte noch ein relativ kräftiges Wirtschaftswachstum und eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanz aus; im übrigen ist das Defizit nach statistischen Korrekturen erheblich niedriger, als es vorher ausgewiesen war. Beides läßt die Sorge, daß es zu einer Krise kommt, zurücktreten.

Die Ausweitung der Investitionen, die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in den meisten Industrieländern unzureichend war, wodurch das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt wurde, ist noch immer kräftig. Sie schafft weiterhin ein Gegengewicht zu inflationären Impulsen, die sich aus der stark gestiegenen Kapazitätsauslastung entwickeln könnten. Angebotsengpässe werden häufig rasch überwunden. Da die Ertragslage fast überall

gut oder sehr gut ist und die Nachfrage der privaten Haushalte auch 1990 — teils stimuliert durch Steuersenkungen, teils gefördert durch wieder kräftiger steigende Einkommen — rege expandiert, dürften die Investitionen auch künftig deutlich zunehmen.

Der Preisauftrieb hat sich in den meisten Ländern bisher nur leicht verstärkt. Größer ist der Preisanstieg in Branchen mit Kapazitätsengpässen. In einigen Ländern zeichnen sich aber auch höhere Lohnforderungen und Lohnabschlüsse als in den letzten Jahren ab, wobei die Gewerkschaften zumeist mit einem Nachholbedarf bei den Arbeitnehmereinkommen im Verhältnis zur guten Entwicklung der Unternehmensgewinne argumentieren. Dabei wird sich der Lohnstückkostenanstieg im nächsten Jahr leicht erhöhen.

Die meisten Notenbanken sind bestrebt, frühzeitig zu signalisieren, daß sie nicht gewillt sind, einen stärkeren Preisauftrieb zuzulassen. So wurde die Geldpolitik im Laufe dieses Jahres in vielen Ländern restriktiver. Der Schwung der wirtschaftlichen Entwicklung hat dabei wohl die Bedenken überspielt, daß das Anziehen der geldpolitischen Zügel konjunkturgefährdend wirken könne. Vor allem die europäischen Defizitländer haben mit einer Politik höherer Zinsen versucht, ihre preisliche Wettbewerbsposition zu stärken, ohne zum Instrument der Abwertung greifen zu müssen, auch wenn dies längerfristig konjunkturelle Risiken birgt.

Einen erheblichen Einfluß auf die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft haben die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in den USA. Hier wiederum kommt es vor

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1987 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	9,2		3,6	4,0	3,0	3,7	2,5	3,0	1,5	2,5	2,5
Frankreich	7,2	14,8	3,5	3,0	3,0	3,6	3,0	3,0	3,1	3,0	3,0
Italien	6,2	10,7	3,9	3,5	3,5	4,3	4,0	3,5	6,0	6,0	6,0
Großbritannien	5,6	10,7	3,6	2,5	1,5	6,5	4,5	0,5	6,7	7,5	6,0
Spanien	2,4	3,4	5,0	4,5	4,0	6,6	6,0	5,0	5,0	5,5	5,0
Niederlande	1,7	10,7	2,7	3,5	3,0	2,6	4,0	2,5	0,5	1,0	2,0
Belgien	1,2	9,0	4,0	3,0	2,5	4,0	3,0	2,5	1,2	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,6	-0,4	0,5	1,5	-2,2	-0,5	1,0	4,9	4,0	4,0
Griechenland	0,4	1,1	3,5	3,5	3,0	4,5	4,5	3,5	13,0	14,5	14,5
Portugal	0,3	0,9	4,1	3,5	3,0	8,4	6,0	5,0	7,0	6,5	6,5
Irland	0,2	0,5	0,4	4,5	3,5	-2,9	4,5	3,5	3,0	3,5	3,5
EG	35,1		3,6	3,4	2,9	4,3	3,5	2,8	3,9	4,3	4,1
EG ohne BRD	25,9		3,6	3,1	2,8	4,4	3,9	2,7	4,7	5,0	4,7
EG ohne BRD ⁴⁾		64,4	3,4	3,1	2,8	4,0	3,7	2,6	3,9	4,2	4,1
Schweiz	1,5	7,5	2,8	2,5	2,5	4,2	3,5	2,5	3,1	3,5	3,5
Schweden	1,3	3,7	2,1	2,0	1,0	2,9	2,5	1,0	6,5	8,0	7,0
Österreich	0,9	6,6	4,2	3,0	2,5	5,0	3,0	2,5	1,5	2,5	2,5
Finnland	0,7	1,4	4,8	4,0	3,0	6,5	5,0	3,5	6,2	6,5	6,0
Norwegen	0,7	1,3	2,6	4,0	3,0	-1,4	-3,5	0,0	4,2	3,5	3,5
Europäische Industrieländer	40,2		3,5	3,3	2,8	4,2	3,4	2,7	3,9	4,4	4,2
Europäische Industrieländer ohne BRD	31,0		3,5	3,1	2,7	4,3	3,6	2,6	4,7	5,0	4,7
Europäische Industrieländer ohne BRD ⁴⁾		84,8	3,4	3,0	2,6	4,0	3,5	2,5	3,8	4,2	4,1
USA	36,9	11,6	4,4	2,5	2,0	3,3	2,0	2,0	3,3	4,5	5,0
Kanada	3,4	1,1	5,0	3,0	2,0	6,3	4,0	2,0	4,1	5,0	4,5
Japan	19,5	2,5	5,7	5,0	4,5	7,7	5,5	4,5	0,4	2,0	2,0
Außereurop. Industrieländer	59,8		4,9	3,3	2,8	4,9	3,3	2,8	2,4	3,7	4,0
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		15,2	4,7	2,9	2,4	4,2	2,7	2,4	2,9	4,1	4,5
Insgesamt	100,0		4,3	3,3	2,8	4,6	3,3	2,8	3,0	4,0	4,1
Insgesamt ohne BRD	90,8		4,4	3,3	2,8	4,7	3,4	2,7	3,2	4,1	4,2
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	3,6	3,0	2,6	4,1	3,4	2,5	3,6	4,2	4,1

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Deflationierungsfaktor des BSP. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

allein darauf an, wie der Federal Reserve Board die ökonomische Entwicklung beurteilt, und ob er Anlaß zur geldpolitischen Restriktion oder eher zu einem lockeren Vorgehen sieht. Obwohl das Defizit im Außenhandel bis in die letzten Monate tendenziell zurückging, gehen eine Reihe von Institutionen — so auch der IMF — von einer baldigen neuerlichen Verschlechterung aus.

Für den weiteren Abbau des Leistungsbilanzdefizits ist es daher nach wie vor erforderlich, daß die Expansion der Inlandsnachfrage eingedämmt wird und Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unternommen werden, damit Platz für eine kräftige Exportsteigerung und eine Umschichtung von den Importen zum heimi-

schen Angebot geschaffen wird. Wirtschaftspolitisch flankiert werden müßte dies durch entscheidende Schritte zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts; weniger geeignet wäre eine restriktive Geldpolitik, die neben Zinssteigerungen auch Dollarkurserhöhungen nach sich zieht.

Wie die amerikanische Notenbank in dieser Lage handeln wird, ist noch unklar. Vieles spricht jedoch dafür, daß sie sich unter Beachtung der relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch der Tatsache, daß die Preissteigerungen der letzten Monate geringer waren als befürchtet, abwartend verhält. Ein Indiz dafür ist auch ihr pragmatisches, auf Balance zwischen Inflationsbekämpfung

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990
Bundesrepublik Deutschland	2,7	2,0	3,5	2,2	0,0	1,5	5,9	7,0	4,0	5,8	11,0	6,0	6,3	6,0	5,5
Frankreich	2,8	2,5	2,5	2,2	2,5	2,5	7,5	5,5	5,0	7,4	6,5	5,5	7,6	7,0	5,5
Italien	3,8	3,5	3,5	3,0	3,0	2,0	4,9	5,0	5,0	5,9	5,5	5,5	7,2	7,0	6,0
Großbritannien	6,4	3,5	1,5	0,5	1,5	1,0	12,2	6,0	-2,5	-1,1	5,5	7,0	12,0	11,0	3,5
Spanien	4,5	4,0	3,5	5,5	4,0	4,0	13,0	12,0	9,0	7,0	6,0	6,0	14,0	12,0	9,0
Niederlande	2,0	3,5	3,0	0,0	0,5	0,5	8,0	6,0	4,0	7,5	5,5	5,5	7,5	6,5	4,5
Belgien	2,5	2,5	2,5	-0,1	0,5	0,5	14,9	7,0	5,0	9,0	6,5	6,0	9,1	6,5	6,0
Dänemark	-1,1	0,0	1,0	-0,4	0,0	0,5	-6,5	-2,0	2,0	5,3	4,5	4,5	0,6	2,5	3,0
Griechenland	3,0	3,0	2,0	6,0	6,0	4,0	10,0	9,5	7,0	5,5	5,5	5,5	7,5	7,5	6,0
Portugal	6,0	4,0	3,5	3,5	2,0	2,0	15,0	11,5	9,5	7,5	6,5	6,0	16,0	11,0	9,0
Irland	1,5	3,5	3,0	-4,5	-2,0	-1,0	-3,0	8,0	7,0	11,0	9,0	7,0	7,0	9,5	7,5
EG ¹⁾	3,6	2,9	2,8	2,0	1,6	1,7	7,6	6,4	3,9	5,6	7,4	5,9	8,3	7,5	5,4
EG ohne BRD ¹⁾	3,8	3,1	2,6	1,9	2,2	1,8	8,2	6,1	3,9	5,5	5,9	5,9	9,0	8,1	5,3
Schweiz	2,5	2,5	2,5	3,5	4,0	4,0	7,3	6,0	5,0	5,1	5,0	5,5	7,6	6,0	6,0
Schweden	2,2	1,5	1,0	1,4	1,5	1,5	5,3	5,0	1,0	3,0	4,0	3,5	5,5	5,5	4,0
Österreich	3,4	3,5	3,0	0,5	0,5	0,5	4,9	4,5	3,5	8,3	8,0	6,0	10,0	8,0	6,0
Finnland	5,0	4,0	3,0	3,3	3,0	2,5	10,5	7,0	3,0	4,2	3,0	3,0	10,1	6,5	4,0
Norwegen	-1,6	-1,0	0,0	1,1	3,0	3,5	3,3	-6,0	-1,0	6,0	12,0	7,0	-2,2	-3,0	2,0
Europäische ¹⁾ Industrieländer	3,4	2,8	2,7	2,0	1,7	1,8	7,4	6,0	3,7	5,5	7,3	5,8	8,0	7,1	5,3
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,6	3,0	2,5	1,9	2,2	1,9	7,9	5,7	3,6	5,4	6,0	5,7	8,5	7,5	5,2
USA	3,4	2,5	1,5	0,1	2,5	1,0	5,5	3,5	3,5	17,6	11,0	7,0	6,8	6,0	5,0
Kanada	4,3	4,0	3,0	3,1	2,0	1,5	13,2	5,5	4,0	9,5	4,0	4,5	13,9	7,0	5,0
Japan	5,0	4,5	4,5	2,2	2,0	3,0	13,4	7,5	5,0	8,1	13,5	6,5	21,3	16,0	7,5
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,9	3,2	2,5	0,7	2,4	1,4	9,5	5,4	4,2	13,1	11,0	6,5	11,2	8,6	5,6
Insgesamt ¹⁾	3,7	3,0	2,6	1,3	2,1	1,6	8,7	5,6	4,0	8,4	8,7	6,1	9,3	7,7	5,4
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,8	3,1	2,5	1,2	2,3	1,6	9,0	5,5	4,0	8,9	8,2	6,1	9,7	8,0	5,4

¹⁾ Gewichte 1987 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

fung und Konjunkturstützung bedachtes Verhalten in den letzten Monaten. Damit werden von der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung auf die Konjunktur in den anderen Industrieländern jedoch weniger dämpfende Wirkungen ausgehen, als dies noch vor kurzem erwartet worden war.

In Japan entwickelt sich die Wirtschaft weiterhin sehr günstig. Neben dem anhaltend lebhaften Investitionsanstieg trug im ersten Halbjahr vor allem die Beschleunigung der Exporte zu der kräftigen Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Begünstigt wird dies auch hier durch die weltweite Investitionskonjunktur, durch deutliche Produktivitätsgewinne und die Yen-Abwertung gegenüber dem Dollar seit Jahresbeginn. Insbesondere der Maschinenbau und die Automobilindustrie konnten den Auslandsabsatz kräftig steigern. Dabei fiel der Zuwachs der Lieferungen an die USA besonders hoch

aus. Der zunehmende Überschuß im Warenverkehr war begleitet von stark steigenden Kapitalerträgen als Ergebnis der ständigen Ausweitung japanischer Anlagen im Ausland, die den Gegenposten zu den hohen Überschüssen im Außenhandel bilden.

Mit der robusten Gesamtnachfrage und der weiteren Öffnung des japanischen Marktes stiegen auch die japanischen Importe wiederum erheblich, zumal sich beim heimischen Angebot vermehrt Kapazitätsengpässe zeigen. Die Importe expandierten sogar kräftiger als die Exporte. Der Unterschied in der Entwicklung reichte freilich nicht aus, den japanischen Leistungsbilanzüberschuß fühlbar zu vermindern. Im Handel mit den USA nimmt er sogar noch deutlich zu. Vor diesem Hintergrund wird sich der Streit zwischen den USA und Japan über den Vorwurf unfairer Handelspraktiken wohl fortsetzen,

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾				in SZR
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit										
	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990		
in Landeswährung														
Länder	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	1989	1990	1988	
Bundesrepublik Deutschland	8,7	10,0	7,0	3,9	4,5	5,0	4,9	6,0	4,0	0,3	0,5	2,0	-1,3	
Frankreich	9,6	10,0	9,5	4,8	4,5	4,5	5,8	6,5	6,0	1,3	1,5	1,5	-1,7	
Italien	7,3	14,5	11,5	10,5	7,5	8,0	3,3	10,5	8,0	6,3	4,0	4,5	1,8	
Großbritannien	4,7	7,5	3,5	11,0	11,0	9,0	2,1	5,0	2,0	8,2	8,5	7,5	13,1	
Spanien	13,4	14,5	12,0	8,0	7,0	7,0	8,0	9,5	7,5	2,9	2,5	3,0	4,9	
Niederlande	5,7	9,5	9,5	2,0	2,0	2,5	2,9	6,0	6,5	-0,7	-1,5	-0,5	-2,1	
Belgien	9,7	7,0	5,5	3,2	4,0	4,0	5,5	4,0	3,0	-0,8	1,0	1,5	-3,1	
Dänemark	8,4	6,0	10,0	4,1	4,0	4,0	8,8	5,0	8,5	4,5	3,5	2,5	2,1	
Griechenland	20,6	20,0	19,0	13,5	17,0	17,0	16,5	16,0	15,5	9,7	13,0	13,5	0,8	
Portugal	12,9	12,0	11,0	10,0	8,5	8,5	8,5	8,5	8,0	5,7	5,0	5,5	-0,5	
Irland	2,0	14,0	10,3	4,0	5,5	5,5	1,5	9,0	6,5	3,6	1,0	2,0	2,2	
EG ³⁾	8,5	11,3	9,0	6,6	6,2	6,1	4,6	6,6	5,1	2,4	2,3	2,9	1,2	
EG ohne BRD ³⁾	8,5	11,7	9,6	7,6	6,8	6,5	4,5	6,8	5,6	3,4	3,1	3,2	2,2	
Schweiz	4,4	9,5	9,5	6,1	4,5	4,5	1,9	7,0	6,5	3,6	2,0	2,0	1,6	
Schweden	11,2	16,0	8,5	8,0	8,5	8,0	9,0	13,5	7,0	5,8	6,5	7,0	5,3	
Österreich	13,1	8,5	6,5	3,4	4,5	4,5	8,5	5,5	4,0	-0,8	1,5	2,0	-2,3	
Finnland	16,8	15,5	12,0	9,5	9,0	8,0	11,5	11,0	9,0	4,5	5,0	5,0	5,6	
Norwegen	10,1	8,5	12,5	5,7	5,0	4,5	7,4	4,5	9,5	3,1	1,0	1,5	2,5	
Europäische Industrieländer ³⁾	8,6	11,3	9,0	6,6	6,2	6,1	4,9	6,9	5,3	2,6	2,5	3,0	1,4	
Europäische Industriel. ohne BRD ³⁾	8,6	11,6	9,6	7,4	6,7	6,4	4,9	7,2	5,8	3,4	3,2	3,3	2,3	
USA	9,2	2,0	6,0	8,1	8,5	7,5	4,6	-0,5	4,0	3,5	6,0	5,5	0,2	
Kanada	11,7	9,0	4,5	9,0	7,0	7,5	6,4	6,0	2,5	3,8	4,0	5,5	7,6	
Japan	14,0	7,0	8,5	5,0	5,5	5,5	8,0	2,0	4,0	-0,7	0,5	1,0	7,8	
Außereurop. Industrieländer ³⁾	11,0	4,1	6,8	7,2	7,5	6,9	6,3	1,6	3,7	1,9	3,5	3,7	4,5	
Insgesamt ³⁾	10,0	7,2	7,7	6,9	7,0	6,6	5,4	5,1	4,8	2,4	2,8	3,2	2,4	
Insgesamt ohne BRD ³⁾	10,1	6,9	7,8	7,2	7,2	6,7	5,5	4,9	5,0	2,8	3,3	3,5	3,2	

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — 3) Gewichtet mit 1987 Anteilen. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen. Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

und die Forderungen nach einer stärkeren Öffnung des japanischen Marktes für amerikanische Produkte werden dringlicher.

Die günstige gesamtwirtschaftliche Konstellation dürfte sich im weiteren Verlauf des Jahres und 1990 nicht wesentlich ändern, so daß im Jahresergebnis wiederum hohe Expansionsraten zu erwarten sind. Das Wachstum wird im nächsten Jahr bei sich abschwächender Weltkonjunktur allerdings etwas geringer ausfallen. Hierzu wird auch die Geldpolitik beitragen, die einen etwas restriktiveren Kurs eingeschlagen hat. Das gegenüber dem Vorjahr merklich höhere Preisniveau ist im wesentlichen auf die Einführung einer Steuer auf den Verbrauch und auf

die — auch abwertungsbedingte — Verteuerung der Importe, insbesondere des Erdöls, zurückzuführen. Die etwas höheren Lohnabschlüsse und die teilweise kräftigen Bonuszahlungen führen letztlich wohl nicht zu einer Verstärkung des Preisauftriebs, weil sie infolge der günstigen Produktivitätsentwicklung keinen deutlich stärkeren Lohnstückkostenanstieg bewirken. Die lebhaftere Gesamtnachfrage, hoch ausgelastete Produktionskapazitäten und zunehmende Engpässe am Arbeitsmarkt rechtfertigen jedoch eine eher restriktive Geldpolitik.

Auf das Wirtschaftswachstum in Westeuropa gehen in den nächsten Monaten von den außereuropäischen Industrieländern kaum dämpfende Wirkungen aus. Insgesamt

hat sich die gute wirtschaftliche Entwicklung in den westeuropäischen Ländern im Sommer dieses Jahres mit fast unverändertem Tempo fortgesetzt. Die günstige Entwicklung erstreckt sich auf alle Komponenten des Bruttosozialprodukts. Nicht nur expandieren der private Verbrauch und die Investitionen weiterhin lebhaft; auch der Außenhandel weitet sich zügig aus.

So könnten die binnenwirtschaftlichen Bedingungen für ein weiteres, auch von den Investitionen getragenes Wirtschaftswachstum als hervorragend bezeichnet werden, fielen nicht einige Schatten auf das sonst so freundliche konjunkturelle Bild. Die Kapazitätsauslastung ist in vielen Ländern trotz der guten Investitionsentwicklung äußerst hoch, so daß sich der Preisanstieg zumeist verstärkte. Dies gilt nicht nur für verschiedene Branchen des verarbeitenden Gewerbes, sondern in einer Reihe von Ländern auch für den Baubereich, der sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre vielfach in einer Krise befand, in der Investitionen vernachlässigt und Arbeitskräfte nur in unzureichendem Maße ausgebildet wurden. Allerdings hielt sich der Preisauftrieb bisher noch in engen Grenzen. Mit der guten Konjunktur könnten sich jedoch die Preiserhöhungsspielräume vergrößern. Käme es zu solchen Preiserhöhungen, so dürften auch die Gewerkschaften um stärkere Lohnerhöhungen kämpfen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre würde ein solches Verhalten der Tarifparteien die Notenbanken zur weiteren Verschärfung ihrer Politik veranlassen.

Für das nächste Jahr gravierender sind wohl die Risiken, die sich aus zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten und daraus resultierenden konjunkturell unerwünschten wirtschaftspolitischen Gegenreaktionen der betroffenen Länder ergeben könnten. Zwar weisen die westeuropäischen Länder insgesamt kaum ein nennenswertes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht auf. Der europäische Wirtschaftsraum steht insofern im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen wie Nordamerika und Japan eher in günstigem Licht. Allerdings bilden hohe Leistungsbilanzsalden zwischen den EG-Ländern Störfaktoren und Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem die Defizitländer sehen sich wirtschaftspolitischen Zwängen ausgesetzt. Nachdem in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen ist, daß Wechselkursänderungen nur ein bedingt taugliches Mittel zur außenwirtschaftlichen Anpassung darstellen und zudem eine Reihe unerwünschter Folgen mit sich bringen, wird in solchen Situationen eher den Mengeneffekten der Geld- und Zinspolitik vertraut.

So haben gerade die Länder mit relativ hohen und zunehmenden Defiziten ihre Geldpolitik verschärft. Insbesondere gilt dies für *Großbritannien*, das Land mit dem sowohl absolut als auch relativ weitaus höchsten Defizit unter den großen Volkswirtschaften, aber auch den höchsten Preissteigerungen¹. Dies hat zu zunehmenden Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften über die

Lohnentwicklung geführt. Schließlich wird auch die Investitionstätigkeit durch die hohen Zinsen beeinträchtigt. Die Bruttoanlageinvestitionen, die 1988 noch zweistellige Zuwachsraten aufwiesen, in diesem Jahr aber schon stark abgeschwächt expandieren, werden 1990 wohl zurückgehen. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich im nächsten Jahr zwar verringern, aber immer noch beträchtlich ausfallen.

Anders ist die Lage in *Frankreich*. Hier ist das Leistungsbilanzdefizit zwar auch wieder gestiegen, jedoch ist es noch immer relativ gering. Die Bedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft sind insgesamt recht günstig. Die Investitionen expandieren in unverändertem Tempo. Der Anstieg der Preise und der Lohnstückkosten ist nicht viel größer als in der Bundesrepublik Deutschland und liegt damit deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Auch die Exporte haben sich im Vergleich zu den Vorjahren gut entwickelt. Allerdings steigen die Importe immer noch schneller. So müssen einerseits die Kapazitäten für Exporte weiter ausgebaut werden, da es hier teilweise zu Engpässen kam. Der relativ hohe Anteil der Importe von Investitionsgütern trägt indes mit dazu bei, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Auch für das rasch gestiegene Leistungsbilanzdefizit *Spaniens* ist der kräftige Anstieg der Einfuhren von Investitionsgütern ausschlaggebend. Hier besteht in den ersten Jahren des Beitritts zum gemeinsamen Europäischen Markt ein besonders hoher Investitionsbedarf. Die Zunahme des außenwirtschaftlichen Defizits ist daher auch weniger negativ zu beurteilen, als dies bei einem Anstieg vor allem der Konsumgüterimporte der Fall wäre. Gleichzeitig ist langfristiges Kapital in beträchtlichem Umfang zugeflossen. Um den Preisanstieg unter Kontrolle zu halten, ist die Geldpolitik seit Anfang des Jahres auf einen restriktiven Kurs eingeschwenkt. Bei konjunkturell bedingt reichlich fließenden Steuereinnahmen gelang es, das Budgetdefizit auf weniger als 3 vH des Bruttosozialprodukts zu reduzieren. So ist für 1990 mit einer Dämpfung des dann aber immer noch kräftigen Wachstums und mit einer leichten Verringerung des Preisauftriebs zu rechnen. Allerdings wird die Dämpfung der Gesamtnachfrage nicht stark genug sein, das Leistungsbilanzdefizit spürbar zu verringern.

In *Italien* ist das Leistungsbilanzdefizit ebenfalls gestiegen. Zwar ist es im Verhältnis zum Sozialprodukt nur etwa halb so groß wie in Spanien, jedoch liegen seine Ursachen vor allem in der andauernd kräftigen Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte, der kein ausreichendes inländisches Angebot gegenübersteht. Die Investitionsentwicklung war hier weniger dynamisch, so daß die Kapazitätsausweitung mit der Nachfrageentwicklung

¹ Statistisch wird der Preisauftrieb auch dadurch höher ausgewiesen, daß die Entwicklung wichtiger Zinssätze hier — anders als in anderen Ländern — unmittelbar den Index der Lebenshaltungskosten beeinflusst.

nicht Schritt halten konnte. Die Beschleunigung des Preisauftriebs war allerdings nicht nur nachfragebedingt, sondern es haben auch verschiedene Steuererhöhungen hierzu beigetragen. Die Notenbank versucht, dem Preisauftrieb mit einer restriktiven Geldpolitik entgegenzuwirken.

Die *kleineren westeuropäischen Länder* haben von der günstigen konjunkturellen Entwicklung in den großen Volkswirtschaften profitiert. Aber auch hier wurde der anhaltende Aufschwung in verschiedenen Ländern, so etwa in Finnland, Portugal und Griechenland, von zunehmenden außenwirtschaftlichen Defiziten begleitet.

Bundesrepublik Deutschland: Boom ohne Inflation

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Jahr so günstig wie noch nie in diesem Jahrzehnt. Betrachtet man sie allein unter konjunkturellen Gesichtspunkten, zeigt sich kaum ein Makel. Denn Nachfrage und Produktion streben immer neuen Höhepunkten zu, die Kapazitätsauslastung ist in den meisten Zweigen des verarbeitenden Gewerbes sehr hoch, und die Zahl der Erwerbstätigen wächst kräftig. Dazu ist das Preisklima, allen früheren Befürchtungen zum Trotz, keinesfalls als überhitzt anzusehen. Insbesondere der auf heimische Ursachen zurückgehende Anstieg von Kosten und Preisen gibt nach wie vor kaum Anlaß zu Kritik.

Bezieht man indes längerfristige Gesichtspunkte in die Analyse ein, dann zeigt sich, daß auch in der Hochkonjunktur bei der Entschärfung der beiden wichtigsten Ungleichgewichte, die nun schon seit Jahren das Bild kennzeichnen, nicht die erwünschten Fortschritte erzielt worden sind. Bei einer nach wie vor vom Export vorangetriebenen Konjunktur haben sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sogar noch erhöht. Am Arbeitsmarkt sind zwar Fortschritte zu verzeichnen, sie reichen aber, gemessen am Beschäftigungsziel, bei weitem nicht aus. Saisonbereinigt liegt jedenfalls das Niveau der registrierten Arbeitslosen-zahl noch immer über der 2 Millionen-Schwelle. Beide Ungleichgewichte zeigen, daß das wirtschaftspolitische Ziel für die Bundesrepublik keinesfalls eine „sanfte Landung“ sein kann.

Zur Verbesserung des konjunkturellen Erscheinungsbildes haben in den letzten Wochen auch statistische Korrekturen an Vergangenheitsdaten beigetragen. Allen voran ist die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Vierteljahr zu nennen. Diese war den jetzt vorgelegten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zufolge noch weitaus günstiger, als es nach den vom DIW zuvor veröffentlichten ersten Berechnungen den Anschein hatte¹. Das Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1988 um fast einen Prozentpunkt stärker, nämlich um 4,4 vH. Der wichtigste Grund für diese außergewöhnlich große Korrektur ist eine ebenso außergewöhnliche Revision des Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe. Die ursprünglich für den Juni veröffentlichte Zuwachsrate wurde um mehr als 2 vH-Punkte heraufgesetzt. Von Bedeutung war, neben Korrekturen der Leistungsentwicklung in einigen kleineren Bereichen, offenbar auch eine gewisse Trend-adjustierung: Nach den neuesten Daten ist die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts schon seit Frühjahr vorigen Jahres etwas stärker aufwärts gerichtet, als vorher angenommen worden war. Ihren Niederschlag fanden die Korrekturen des Produkts auf der Verwendungsseite vor allem bei den Anlageinvestitionen; sie nahmen real um etwa zweieinhalb vH-Punkte stärker zu. Dagegen expandierte die Einfuhr weniger stark, so daß der Außenbeitrag noch höher ausfiel als zunächst geschätzt.

Den Hintergrund der raschen gesamtwirtschaftlichen Expansion bilden die Auftriebskräfte, die seit etwa zwei Jahren bei der Nachfrage nach Industrieprodukten zu verzeichnen sind (vgl. Schaubild)². Von dem Tiefpunkt aus, der beim Auftragseingang zu Beginn des Jahres 1987 erreicht worden war, — dieser war bei der Nachfrage aus dem Ausland stärker ausgeprägt als bei der aus dem Inland — hat die Nachfrage bis Mitte des Jahres insgesamt um etwa 19 vH expandiert, wobei der Auftragseingang aus dem Ausland überdurchschnittlich gestiegen ist.

Betrachtet man aber nur die Entwicklung in den letzten Monaten, so deutet sich an, daß es offenbar kein weiteres Auseinanderdriften der Nachfrage bei diesen beiden Aggregaten gegeben hat. Sowohl Inlands- als auch Auslandsbestellungen zeigten überdies in jüngster Zeit saisonbereinigt keine eindeutige Anstiegstendenz mehr. Inwieweit dies die häufig zu beobachtenden Irregularitäten in den Sommermonaten widerspiegelt oder schon Ausdruck einer gewissen Abschwächung des Nachfragebooms ist, läßt sich gegenwärtig nicht beantworten. Anlaß zur Sorge über die weitere konjunkturelle Entwicklung gäbe auch der letztgenannte Fall indes nicht. Beim gegenwärtigen Niveau des Auftragseingangs schwellen die Auftragspolster der Industrie noch immer an, da das Niveau der Produktion deutlich niedriger ist als das der Nachfrage. Dafür, daß die Nachfrage bei der Industrie nun nicht mehr expandiert, spricht allerdings kaum etwas, im Gegenteil: Mit dem Erreichen einer hohen und in manchen Industriezweigen sogar als überhört betrachteten Kapazitätsauslastung hat die Inlandsnachfrage insbesondere nach Ausrüstungsinvestitionen nachhaltigen Schwung bekommen. Real war der Auftragseingang aus dem Inland beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe im Durchschnitt der letzten drei Monate immer noch um etwa 10 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit; vorausgegangen waren sogar Zuwächse von über 20 vH.

Ein Bild von dem hohen Tempo des Nachfrageanstiegs im Bereich der Investitionsgüterindustrie vermitteln die folgenden Wachstumsraten (Steigerung der realen Inlandsnachfrage im zweiten Vierteljahr gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit in vH):

¹ Vgl. Gesamtwirtschaftliche Produktion auf hohem Niveau. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das zweite Quartal 1989. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/1989.

² Vgl. zu dem nachstehenden Text auch die — korrigierte — Zahlenbeilage.

Investitionsgütergewerbe insgesamt	16,7
Maschinenbau	18,8
Straßenfahrzeugbau	14,5
Elektrotechnik	7,5

Da es sich um Schlüsselbereiche handelt, werden die Auftriebskräfte von hier aus weiterhin deutlich auf andere Zweige des verarbeitenden Gewerbes ausstrahlen.

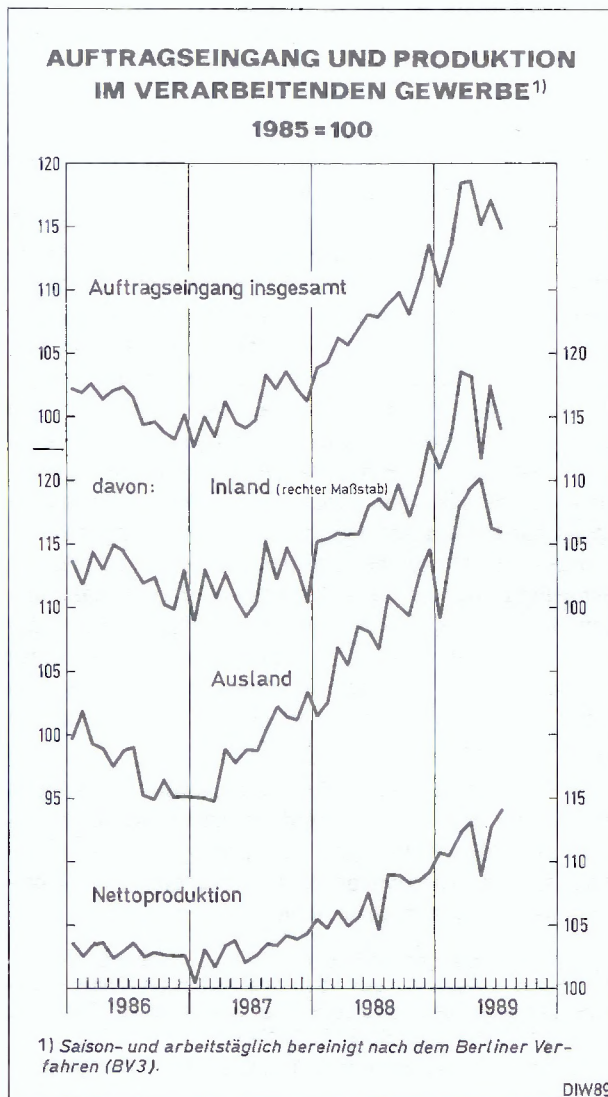
Zumeist noch eindrucksvoller als die Inlandsnachfrage hat sich in dem genannten Zeitraum die Nachfrage aus dem Ausland erhöht. Die anhaltend günstige Konjunktur im Ausland, insbesondere in den westeuropäischen Partnerländern, sowie die sich noch immer verbessernde Wettbewerbsfähigkeit, die sich nicht nur in niedrigeren Preisen äußert, sondern zunehmend in Qualitätsvorsprüngen der deutschen Industrieprodukte gesehen wird, bilden hier die solide Basis. Dabei erhöht sich die Nachfrage aus dem Ausland nicht nur in jenen Zweigen (Investitionsgüter) besonders kräftig, die sich gleichzeitig einer

stark expandierenden Inlandsnachfrage gegenübersehen; häufig gleicht die kräftige Expansion der Nachfrage aus dem Ausland eine noch immer bestehende inländische Nachfrageschwäche aus. Dies ist z.B. bei der Glasindustrie der Fall, aber auch beim Bekleidungs-gewerbe.

In das Bild einer von den Investitionen geprägten Expansion der Binnennachfrage fügt sich die Entwicklung in der Bauwirtschaft ein. Nach dem starken Produktionsanstieg im Winter, der aufgrund der Witterungsbedingungen weit höher ausfiel, als durch die Konjunktur allein zu erklären ist, gab es — saisonbereinigt — zwar den erwarteten Rückgang der Bauproduktion, doch war dieser relativ schwach. Im zweiten Vierteljahr waren die realen Bauinvestitionen um mehr als 5 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Heraus ragte die Leistung im Wohnungsbau mit einem Zuwachs von knapp 7 vH. Die durch den milden Winter begünstigte hohe Produktionsleistung des Baugewerbes hat dazu geführt, daß die Auftragsbestände des Bauhauptgewerbes nicht mehr stiegen. Im Tiefbau sind sie im März, verglichen mit Dezember 1988 (neuere Daten liegen hier nicht vor), sogar merklich gesunken³. Trotz der insgesamt günstigen konjunkturellen Situation werden per Saldo Arbeitskräfte im Bauhauptgewerbe freigesetzt; die Beschäftigtenzahl zur Mitte dieses Jahres war um 25 000 (2,5 vH) niedriger als zur gleichen Vorjahreszeit.

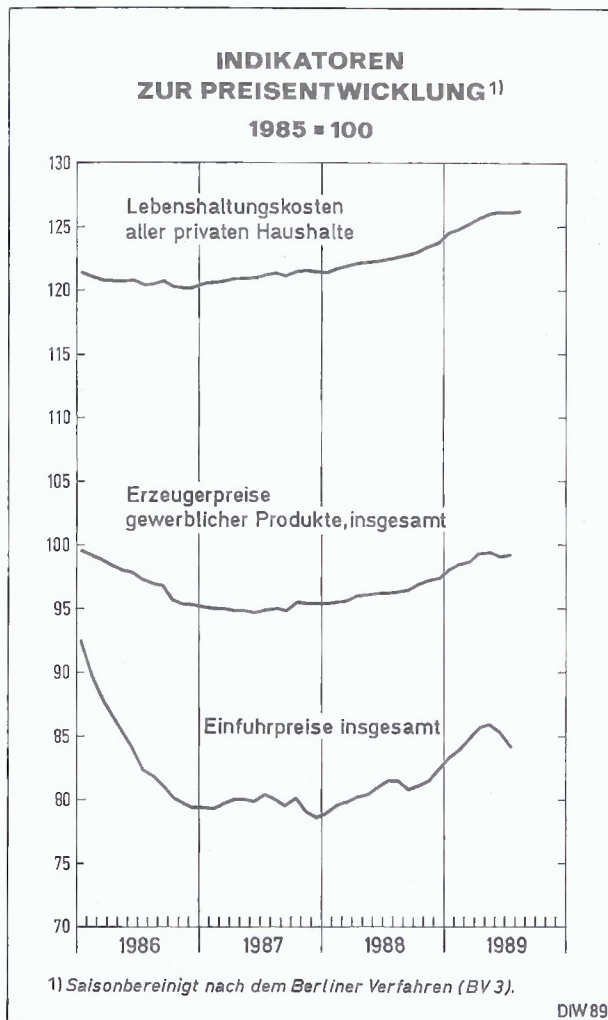
Gesamtwirtschaftlich von größerer Bedeutung als punktuelle Schwächen in der Bauwirtschaft ist die Stagnation des privaten Verbrauch, dem wichtigsten Bereich der Binnennachfrage⁴. Das Verbrauchsniveau liegt zwar hoch, doch Wachstumsimpulse gehen von hier nicht aus. Es ist allerdings sehr wahrscheinlich, daß diese Schwäche schon in den nächsten Monaten überwunden wird. Denn mit der Steuerreform, die am 1. Januar 1990 in Kraft tritt, wird eine beachtliche Verstärkung im Anstieg des verfügbaren Einkommens der Haushalte verbunden sein. Es wäre nicht überraschend, wenn die Haushalte schon im Vorgriff auf die Mehreinkommen noch in diesem Jahre ihre Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter wieder erhöhen würden. Von dieser Seite her bahnt sich eine Korrektur der unerwünscht nachhinkenden Entwicklung der Inlandsnachfrage an: über den privaten Verbrauch wird sie 1990 beschleunigt expandieren.

Weit stärker als prognostiziert steigt gegenwärtig die Beschäftigung. Zur Mitte dieses Jahres war die Zahl der Erwerbstätigen um 360 000 (1,3 vH) höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Stärker noch war der prozentuale Zuwachs bei der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Die günstige Beschäftigungsentwicklung hat



³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 2.2 (Produzierendes Gewerbe; Juni 1989).

⁴ Vgl. Differenzierte Verbrauchskonjunktur. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1989. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/1989.



sich auch in der Zahl der Arbeitslosen niedergeschlagen. Diese ging allerdings von August 1988 bis August 1989 (—227 000) weit weniger zurück, als die Erwerbstätigkeit zunahm, und dies, obwohl die Arbeitsverwaltung durch einige administrative Maßnahmen in dieser Zeit — z.B. Karteibereinigungen durch die Herausnahme solcher Personen, die sich mehrere Monate nicht bei ihrem Arbeitsamt gemeldet haben — zur Senkung der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Immerhin ist trotz des starken Zustroms von Erwerbspersonen die Zahl der registrierten Arbeitslosen — nicht saisonbereinigt — auf unter 2 Millionen gesunken.

Die Gefahren für die Preisentwicklung sind, wie ein Blick auf das Schaubild zeigt, nicht größer, sondern sogar geringer als vor einigen Monaten. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist in den letzten Monaten sehr viel schwächer geworden; im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit hat die Steigerungsrate im August die 3 vH wieder unterschritten. Auf den dem Verbrauch vorgelagerten Stufen sind die Preise zuletzt sogar zurückgegangen, besonders deutlich die Einfuhrpreise. Diese liegen zudem trotz des Anstiegs in den letzten 18 Monaten noch weit unter ihrem Niveau von 1985. Wegen des

Fehlens zusätzlichen Kostendrucks ist auch für die nächsten Monate mit stabilen Verbraucherpreisen zu rechnen.

Bei den Erzeugerpreisen industrieller Produkte ist der vorübergehend verstärkte Preisanstieg wieder einer ruhigeren Entwicklung gewichen. Im Vorjahresvergleich waren die Preise um etwa 3 vH höher; der gleichzeitige Anstieg der Lohnstückkosten wurde damit nur wenig übertroffen. Kosten- und preisdämpfend wirkt sich aus, daß die Produktionskapazitäten in Bereichen mit hoch ausgelasteten Kapazitäten nicht nur durch Erweiterungsinvestitionen im üblichen Sinne, sondern unter Ausnutzung neuester technischer Möglichkeiten auch durch Investitionen an Engpaßstellen des Produktionsablaufs gesteigert werden.

Relativ kräftig gestiegen sind mit der deutlichen Verbesserung der Baukonjunktur allerdings die Preise der Bauinvestitionen. Ihr Anstieg entsprach zuletzt einer Jahresrate von etwa 4 vH. Am ausgeprägtesten war der Preisauftrieb bei den Wohnbauten. Mit den Preiserhöhungen versuchen die Firmen der Bauwirtschaft nun, ihre Ertragssituation zu verbessern, die jahrelang unbefriedigend war und viele Firmen zur Geschäftsaufgabe gezwungen hatte.

Sicherlich ist die Produktion häufig auch durch die vermehrte Leistung von Überstunden erhöht worden. Der Kosteneffekt solcher Maßnahmen hält sich jedoch ebenfalls in engen Grenzen. Dies zeigt ein Blick auf die Lohndrift im verarbeitenden Gewerbe. Auf der Basis von Wochenlöhnen hatte die Anstiegsdifferenz zwischen tariflichen und effektiven Verdiensten im zweiten Quartal dieses Jahres nur reichlich 2 Prozentpunkte betragen. Wenn man bedenkt, daß auf diese Größe neben den höher bezahlten Überstunden auch andere Einflußfaktoren wirken, die nicht unmittelbar mit der Kapazitätsauslastung zusammenhängen, so ist das bemerkenswert wenig.

Mit dieser Entwicklung der Lohnkosten erlangt die deutsche Wirtschaft einen noch zunehmenden Konkurrenzvorsprung gegenüber ausländischen Anbietern. Bei dem vorliegenden hohen Ungleichgewicht drohen weiter wachsende Exportüberschüsse mehr und mehr zu einem die Zukunft belastenden Problem zu werden. Dabei hat sich die Überschußposition der Bundesrepublik gegenüber den USA entschärft. Die Einfuhr aus den USA nimmt seit Beginn vorigen Jahres sehr kräftig zu, während die Ausfuhr jetzt deutlich zurückgeht; der Überschuß in der Handelsbilanz sank im ersten Halbjahr 1989 gegenüber dem Vorjahr um 5 Mrd. DM auf reichlich 2 Mrd. DM. Steigende Exportüberschüsse werden gegenüber den Partnerländern im EG-Raum erzielt.

Wiederum im Vergleich der ersten Halbjahre 1988 und 1989 erhöhte sich der Überschuß gegenüber allen übrigen EG-Ländern von rd. 40 Mrd. DM auf 50 Mrd. DM. Allein gegenüber Frankreich betrug er in den ersten sechs Monaten 12,5 Mrd. DM und im Handel mit Großbritannien sogar 13,5 Mrd. DM.

Sicherlich tragen die — zumeist aus hochwertigen Investitionsgütern bestehenden — Ausfuhren in die EG-Länder zur Stärkung dieser Volkswirtschaften und damit mittelfristig zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit — auch gegenüber der Bundesrepublik — bei. Eine rasche Erhöhung der Exportüberschüsse kann dennoch nicht mit Gleichmut betrachtet werden; früher oder später werden sie zumindest auf politischen Widerstand treffen.

Das Dilemma der deutschen Wirtschaftspolitik liegt darin, daß über die Devisenmärkte weder innerhalb noch außerhalb des EWS ein Aufwertungsdruck für die D-Mark zustande kommt und Zinserhöhungen, die eine solche Aufwertung herbeiführen könnten, wegen ihrer negativen Wirkung auf die Binnennachfrage die importfördernden Effekte einer Aufwertung wieder aufheben würden.

Hinzu kommt, daß auch im Inland nichts für eine Verschärfung der Geldpolitik spricht. Die Preisentwicklung verläuft in deutlich ruhigeren Bahnen, und der Anstieg der Zielgröße der Bundesbank, der Geldmenge M3, hat sich auf unter 5 vH vermindert. Die wiederholten Zinserhöhungen seit einem Jahr, wie wohl auch die Abschaffung der Quellensteuer, haben zu einer spürbaren Verringerung der Geldmengenexpansion geführt. Besonders ausgeprägt war die Beruhigung in den liquiden Teilaggre-

gaten Bargeldumlauf und Sichteinlagen. Diese Normalisierung der Kassenhaltung ist — für sich genommen — ebensowenig Ausdruck „zu starker“ Restriktion der Notenbank, wie die vorangegangene zielüberschreitende Ausweitung der Geldmengenaggregate als Ausdruck „zu starker“ Expansion interpretiert werden dürfte. Gemessen an den Schwankungen der Geldmengenaggregate und der Zinsentwicklung bringt die Politik der Bundesbank antizyklische Wirkungen mit sich, die etwas stärker sein dürften, als sie von einer stetigen Ausweitung des Geldangebots ausgehen würden. Hier spielt die Unsicherheit bezüglich der längerfristig wirksamen Veränderungen der Geldnachfrage eine bedeutsame Rolle.

Viele Befürchtungen gelten den im nächsten Jahr anstehenden neuen Lohnrunden und den dann zu erwartenden Reaktionen der Geldpolitik. In der Tat wäre es problematisch, wenn der bisherige Kurs der Lohnpolitik aufgegeben würde. Allerdings zwingt eine moderate Beschleunigung im Anstieg des Lohnniveaus die Unternehmen durchaus nicht zu einer entsprechenden zusätzlichen Erhöhung der Preise. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß bei anhaltend günstiger Konjunktur die Unternehmen auf die Erhaltung ihrer Gewinnspannen verzichten.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
 BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Bernhard Seidel.

Zur Wirtschaftslage. Westliche Industrieländer: Anhaltend kräftiger Konjunkturaufschwung. Bearbeitet von Bernhard Seidel und Joachim Volz. —
Bundesrepublik Deutschland: Boom ohne Inflation. Bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—,
 Zuzüglich Versandkosten

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe			Investitions-gütergewerbe							Verbrauchs-gütergewerbe
		in 1000					1985 = 100										
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1987	J	2200		165		97,6		96,9		96,8		101,3		99,1		95,1	
	F	2196	2207	169	167	100,0	98,7	100,9	98,7	98,2	97,4	103,8	102,7	103,0	100,9	95,0	95,0
	M	2224		169		98,5		98,4		97,1		102,9		100,7		94,8	
	A	2232		171		101,2		99,7		101,0		104,4		102,7		98,8	
	M	2228	2234	169	169	99,5	99,9	99,5	100,1	98,3	98,6	103,5	103,6	100,6	100,9	97,8	98,5
	J	2243		168		99,0		101,0		96,6		103,0		99,3		98,8	
	J	2242		170		99,7		101,8		97,2		104,0		100,3		98,7	
	A	2236	2237	170	172	103,3	101,7	101,6	102,2	103,6	100,5	105,6	104,7	105,2	102,6	100,4	100,4
	S	2235		174		102,2		103,2		100,8		104,5		102,2		102,2	
	O	2231		176		103,5		105,1		102,1		104,8		104,7		101,4	
	N	2230	2239	175	174	102,2	102,3	104,9	104,7	100,4	100,6	103,3	104,0	102,9	102,7	101,2	102,0
	D	2258		171		101,3		104,0		99,2		103,9		100,4		103,3	
1988	J	2222		176		103,8		106,1		101,7		106,7		105,2		101,5	
	F	2224	2232	177	177	104,3	104,8	107,1	107,3	101,4	102,3	108,6	108,3	105,4	105,5	102,5	103,6
	M	2250		179		106,2		108,7		103,8		109,7		105,8		106,9	
	A	2274		184		105,7		107,7		103,9		107,9		105,7		105,5	
	M	2275	2275	184	185	106,9	106,9	109,2	108,6	105,3	105,6	108,0	108,1	105,8	106,5	108,5	107,4
	J	2277		187		108,1		108,8		107,5		108,5		108,0		108,1	
	J	2268		189		107,9		105,2		109,7		106,7		108,6		106,7	
	A	2242	2247	193	194	108,9	108,9	108,7	107,7	108,5	109,5	110,5	108,7	107,7	108,7	111,0	109,3
	S	2231		198		109,8		109,3		110,4		108,8		109,7		110,1	
	O	2212		201		108,0		107,4		108,7		106,9		107,1		109,5	
	N	2186	2179	203	203	110,8	110,8	110,2	109,6	111,1	111,7	110,6	109,7	109,6	109,9	112,8	112,3
	D	2138		206		113,5		111,3		115,3		111,5		113,0		114,6	
1989	J	2065		212		110,3		108,9		110,9		110,6		110,9		109,2	
	F	2020	2025	219	218	113,3	114,0	111,7	111,6	114,2	115,5	113,7	113,4	113,3	114,3	113,7	113,6
	M	1990		222		118,4		114,3		121,3		115,8		118,6		118,0	
	A	2035		229		118,6		112,6		122,8		115,3		118,2		119,4	
	M	2060	2050	236	236	115,0	116,9	110,7	111,9	117,7	120,4	113,5	114,1	111,7	115,8	120,2	118,6
	J	2053		243		117,0		112,3		120,6		113,6		117,4		116,3	
	J	2040		246		114,8		110,3		117,7		113,0		114,1		116,0	
	A																
	S O N D	2019		256													

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Bergbau		Elektrizi- täts- und Gasversor- gung		Verarbei- tendes Gewerbe		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr			
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1987	J	7082		94,7		107,9		100,5		91,4		101,7		36,9		34,0		
	F	7078	7077	94,3	93,4	100,5	103,5	103,2	101,8	106,3	99,0	100,8	100,4	39,0	38,1	33,9	33,9	
	M	7072		91,2		102,2		101,7		99,4		98,8		38,4		33,9		
	A	7069		91,7		101,7		103,4		107,7		104,9		38,3		35,2		
	M	7060	7061	97,5	95,1	110,1	106,2	103,8	103,1	106,3	106,6	100,5	102,6	39,1	38,3	34,3	35,0	
	J	7055		96,1		106,7		102,0		105,8		102,5		37,4		35,6		
	J	7048		88,3		100,2		102,6		109,5		106,1		38,4		34,9		
	A	7042	7044	92,4	90,4	103,5	101,2	103,5	103,2	111,0	110,7	103,5	104,4	38,2	38,8	35,3	35,3	
	S	7043		90,6		100,0		103,4		111,7		103,6		39,9		35,7		
	O	7032		89,8		102,8		104,1		111,5		107,4		39,0		35,0		
	N	7033	7035	86,9	89,4	100,5	101,5	103,9	104,1	113,4	110,3	105,9	107,6	39,5	39,5	36,1	35,6	
	D	7040		91,5		101,3		104,3		106,0		109,4		40,1		35,7		
1988	J	7031		90,3		100,3		105,4		124,9		103,2		38,1		33,6		
	F	7030	7031	88,6	88,8	100,4	100,2	104,7	105,4	124,6	120,9	106,8	107,6	38,1	38,6	35,1	35,3	
	M	7032		87,5		100,0		106,1		113,3		112,8		39,8		37,0		
	A	7026		90,9		109,1		104,9		105,6		100,9		39,1		34,9		
	M	7036	7033	83,0	85,5	103,1	105,7	105,6	106,0	108,6	106,9	106,6	105,2	41,6	41,3	37,4	36,2	
	J	7038		82,5		105,0		107,6		106,4		108,0		43,1		36,2		
	J	7031		90,1		110,4		104,6		103,0		104,1		41,7		37,5		
	A	7044	7038	84,1	87,3	105,4	107,7	109,0	107,5	110,6	107,4	108,9	107,4	42,3	41,5	37,6	37,3	
	S	7040		87,8		107,2		108,9		108,6		109,1		40,6		36,8		
	O	7042		89,1		108,4		108,3		109,9		104,5		43,2		39,9		
	N	7053	7051	88,2	89,0	107,4	106,9	108,5	108,7	107,8	109,9	110,7	108,2	42,6	43,0	38,0	39,1	
	D	7058		89,8		104,8		109,2		112,0		109,5		43,1		39,4		
1989	J	7079		87,2		102,1		110,7		131,6		108,3		45,4		39,3		
	F	7091	7090	86,0	86,0	102,2	100,9	110,5	111,2	137,2	134,4	109,0	109,8	45,1	45,0	39,4	38,9	
	M	7101		84,7		98,4		112,3		134,5		112,0		44,5		38,1		
	A	7098		83,9		111,6		113,2		109,8		104,8		44,1		39,4		
	M	7111	7112	82,2	83,3	107,9	108,3	108,9	111,6	104,1	107,0	107,5	107,7	44,1	45,0	38,7	39,5	
	J	7126		83,7		105,4		112,7		107,2		110,8		46,8		40,4		
	J A S O N D			90,3		109,8		114,2		103,7		104,1		44,0		39,2		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.